

Das kann auf die berufliche Bildung in der nächsten Legislaturperiode zu kommen!

Prüfstein	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	SSW
<p>1. Wie wollen Sie die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte senken?</p>	<p>Unser Ziel als CDU ist es, wenn es die – nicht nur durch die Pandemie bedingte – angespannte Haushaltslage zulässt, Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen zu entlasten. Das soll zum Beispiel durch die Zentralisierung von Aufgaben, die Übertragung von Verwaltungstätigkeiten auf Verwaltungsfachkräfte, den Ausbau multiprofessioneller Teams und Fortbildungen mit Zeitausgleich geschehen. Für Schulleitungen, Funktionsstellen und Klassenlehrer wollen wir prüfen, ob analog zu den gewachsenen Aufgaben auch die Zahl der Ausgleichs- und Entlastungsstunden angepasst werden muss. In großen Schulen wollen wir Verwaltungsleitungen im Landesdienst erproben. Daneben legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Lehrkräftegewinnung und attraktive Arbeitsbedingungen. Wir haben uns in der laufenden Legislaturperiode erstmal strukturiert um Lehrer-gesundheit gekümmert und wollen dies fortsetzen.</p>	<p>Lehrkräfte müssen Zeit für die pädagogische und inhaltliche Arbeit - auch im multiprofessionellen Team - haben. Wir wollen mit den Gewerkschaften über einen Stundenpool für besonders belastete und Klassenlehrkräfte und die zusätzliche Belastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch den Fachkräftemangel sprechen. Eine Verdopplung der Fachkräfte in der Klasse wäre sinnvoller als eine Halbierung der Schüler*innenzahl. Wir werden die Lehrkräfte stärker unterstützen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • durch mehr Schulsozialarbeit, Schulassistenten und Administratoren • bei der Betreuung der digitalen Infrastruktur • bei der Unterrichtsplanung durch eine Unterrichtsvorbereitungs-Cloud • bei Finanzen, Zusammenarbeit mit Dritten und Schulorganisation durch zusätzliche Stellen für die Schulleitungen • bei der Erarbeitung von Unterrichtseinheiten durch abgeordnete Lehrkräfte im IQSH und im LSBB • bei der Sicherung der Unterrichtsversorgung bei über 100 %, auch an den Beruflichen Schulen. 	<p>Lehrer*in zu sein bedeutet nicht nur Unterrichten, außerunterrichtliche Aufgaben gehören – in einem gewissen Umfang – selbstverständlich zum Aufgabenspektrum von Lehrkräften. Wir sehen aber, dass es Aufgaben gibt, die mehr Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb wollen wir die Anzahl der Poolstunden erhöhen, um Schulen mehr Spielraum für die angemessene Entlastung von Lehrkräften mit besonderen Aufgaben zu geben. Für einzelne, klar definierte und befristete Aufgaben wollen wir außerdem im Besoldungsrecht die Möglichkeit von Leistungszuschlägen schaffen. Nachjustierungsbedarf sehen wir auch bei der Leitungszeit, die wir anforderungsorientiert erhöhen wollen. Außerdem wollen wir den Schulen zusätzliche Verwaltungskräfte zur Verfügung stellen, um Lehrkräfte und Schulleitung bei Verwaltungsaufgaben zu entlasten.</p>	<p>Wir wollen, dass Bildung allen Menschen einen Weg zum Aufstieg eröffnet. Das erfordert neben dem enormen Einsatz unserer Lehrkräfte an unseren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen vor allem eine Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen einschließlich einer modernen Ausstattung, um die jungen Menschen auf die Anforderungen einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Wir werden uns für eine neue Berechnung der Pflichtstunden einsetzen. Bei den Unterrichtsverpflichtungen liegt Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Bundesländern im oberen Bereich, was eine hohe Arbeitsdichte bedeutet und somit auch die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Arbeitgeber schmälert. Wir wollen deshalb eine Stundenreduzierung prüfen und dabei die veränderten Anforderungen an die Lehrkräfte berücksichtigen. Der Bildungsauftrag der Lehrkräfte soll sich auf einen exzellenten Unterricht konzentrieren, also einen fachlich fundierten und pädagogisch an der Lerngruppe orientierten Unterricht als Kernaufgabe. Die Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass der Unterricht einschließlich Vor- und Nachbereitung und die Beratung die zentrale Aufgabe darstellt.</p>	<p>Aus unserer Sicht gilt es für alle Lehrkräfte darum, das Arbeitsumfeld Schule generell zu verbessern und die Lehrkräfte durch den Einsatz multiprofessioneller Teams und Schulpsycholog:innen zu entlasten. Wir wollen versuchen, insgesamt mehr Menschen ins System zu bekommen, die Kapazitäten für Lehramtsstudienplätze und Vorbereitungsdienst erhöhen, um den Umfang der Unterrichtsverpflichtung reduzieren zu können und den Schulen einen größeren Pool an Ausgleichsstunden zur Verfügung zu stellen.</p> <p>Für eine direkte Entlastung im Arbeitsalltag wollen wir den Lärm im Schulalltag reduzieren und Termin- und Leistungsdruck verringern. Daher wollen wir die Infrastruktur vor Ort über räumliche Veränderungen verbessern. In unserem Wahlprogramm fordern wir die stärkere Beteiligung des Bundes an Schulbauvorhaben und einen Schulbau fond für innovative Schullandschaften. Diesen wollen wir für Umbauten der Klassenzimmer nutzen und mehr Arbeitsplätze für Lehrkräfte an den Schulen einrichten.</p>
<p>2. Mit welchen Aktivitäten und welchen organisatorischen Entscheidungen wollen Sie das SHIBB unterstützen?</p>	<p>Mit dem SHIBB wurde eine neue und zentrale Steuerung geschaffen, die die zahlreichen Facetten der beruflichen Bildung unter einem Dach vereint. Als CDU sind wir der Meinung, dass das SHIBB den neuen und höheren Stellenwert, den wir der beruflichen Bildung gegeben haben, optimal ergänzt. Hier ist die wichtige Verzahnung zwischen Schulen, Lehrkräften, Betrieben, Schulträgern und Kammern gut gewährleistet. Daher wollen wir das SHIBB evaluieren, weiterführen und dessen Professionalisierung im</p>	<p>Das Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) wurde von der sozialdemokratischen Bildungsministerin Britta Ernst auf den Weg gebracht. Wir konnten dabei auf die positiven Erfahrungen des entsprechenden Hamburger Instituts aufbauen, das zu einem wichtigen Akteur in der Schulentwicklung in Hamburg geworden ist. Leider hat die derzeit amtierende Koalition aus Gründen der Koalitionsarithmetik beschlossen, die Zuständigkeit für die berufliche Bildung und für das SHIBB dem Wirtschaftsministerium zu übertragen. Wir</p>	<p>Mit der Einrichtung des SHIBB sind wir dem Ziel, die berufliche Bildung insgesamt zu stärken, ein Stück nähergekommen. Mit der Zusammenführung der Ausbildungen aus unterschiedlichen Ministerien und dem Landesseminar für berufliche Bildung ist dafür eine gute Basis geschaffen worden. Wir wollen das SHIBB dem Bildungsministerium zuordnen. Sämtliche Prozesse der Ausgestaltung vom Übergang Schule und Beruf, der Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen allgemein- und berufsbildender Schulen, der beruflichen Orientierung, der Vergleichbarkeit von</p>	<p>Wir haben die Zuständigkeit für die vielfältigen Bildungsgänge der beruflichen Bildung im SHIBB (Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung) gebündelt, um die berufliche Bildung auf allen Ebenen zu stärken und sichtbarer zu machen. Dies ist uns mit der Gründung des SHIBB in vollem Umfang gelungen. Mit der Zuständigkeit der beruflichen Bildung im Wirtschaftsministerium wollen wir weitere Bereiche der beruflichen Bildung, z.B. die Fort- und Weiterbildung, in das SHIBB verlagern, um weitere Synergien zu gewinnen und der beruflichen</p>	<p>Unsere erste Handlung wäre es, das SHIBB ins Bildungsministerium zu holen. Alleine die Zahl der berufsschulpflichtigen Schüler:innen an den berufsbildenden Schulen würde das aus unserer Sicht rechtfertigen. Strukturell hat sich aber die Aufteilung zwischen Schule und Wirtschaft nicht bewährt und die Bedeutung der berufsbildenden Schulen würde durch eine Ansiedelung im Bildungsministerium gestärkt. Als gleichwertige Bildungseinrichtungen gehören sie aus Sicht des SSW dort hin.</p>

Das kann auf die berufliche Bildung in der nächsten Legislaturperiode zu kommen!

	<p>Kontext von „Bildung aus einem Guss“ unterstützen. Wir wollen das SHIBB damit beauftragen, einen Masterplan zur Sicherung des Berufsschulunterrichts von Auszubildenden in den Zentren und insbesondere in der Fläche zu erstellen. Darüber hinaus wollen wir das SHIBB damit beauftragen, eine bessere Verbindung von dualer Ausbildung, Hochschulstudium und dem lebenslangen Lernen zu koordinieren. Zusätzlich soll das SHIBB dabei unterstützen, ein inklusives Berufsbildungssystem zu schaffen.</p>	<p>haben das immer als schweren Fehler kritisiert, weil es die erforderliche Durchlässigkeit zwischen allgemeiner und beruflicher Bildung entscheidend behindert. Wir haben deshalb seit langem angekündigt, dass wir das gesamte Schul- und Ausbildungswesen wieder unter dem Dach des Bildungsministeriums zusammenführen werden. Wir erwarten uns davon eine erneute Aufwertung der beruflichen Bildung und damit eine größere Durchlässigkeit zwischen allgemein- und berufsbildenden Schulen.</p>	<p>Personalentwicklung und Lehrkräftebildung wollen wir, wie ursprünglich geplant, unter einem Dach zusammenführen.</p>	<p>Bildung einen höheren Stellenwert zu geben. Der Fachkräftemangel gerade in den Handwerksberufen zeigt, dass wir uns noch stärker um die berufliche Bildung mit all seinen Ausprägungen bemühen müssen. Wir fordern deshalb neben den Landesanstrengungen von der Bundesregierung eine zügige Umsetzung der „Exzellenzinitiative Berufliche Bildung“. Auch wollen wir die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen und -institutionen der beruflichen Bildung durch Lernortkooperationen weiter stärken.</p>	
<p>3. Ausbildung in der Fläche – Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht dafür anzuwenden?</p>	<p>Wir haben das Ziel, landesweit ein breites Angebot an beruflicher Bildung aufrechtzuerhalten. Dazu sollen allgemeinbildende Lehrkräfte über die berufliche Bildung stärker informiert werden, um Schülerinnen und Schüler beim Übergang in diesen Bereich zu unterstützen. Wir wollen so viel Unterricht wie möglich vor Ort in Präsenz durchführen. Trotzdem wollen wir auch innovative und digitale Formen vorantreiben – insbesondere, wenn wir über diesen Weg eine Vielfalt von Ausbildungsberufen in der Fläche aufrechterhalten können. Daneben wollen wir ausreichend Lehrkräften gewinnen, um weiter 100% Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Wir wollen ein landesweites Azubi-Ticket zu ähnlichen Konditionen wie das Semesterticket einführen. Neben der Gleichstellung zu Studierenden wollen wir damit Fahrten zu Landesberufsschulklassen, Bezirksfachklassen oder im ländlichen Raum zur zuständigen Schule unterstützen. Mit Schulbauprogrammen, u.a. für Werkstätten, werden wir moderne Schulen unterstützen.</p>	<p>Wir wollen die berufliche Orientierung in den allgemeinbildenden Schulen verstärken sowie eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die beruflichen Schulen einführen und in „kritischen Berufsfeldern“ kleine Klassen ermöglichen, damit sich der Nachwuchsmangel nicht wegen schlechter Erreichbarkeit der Berufsschule verschärft. Jeder Schulabsolvent*in soll entweder studieren oder eine duale Berufsausbildung absolvieren. Das Übergangssystem muss für diejenigen, die nicht sofort in die duale Ausbildung wechseln können, gestärkt werden. Wir werden mit der kommunalen Ebene dafür sorgen, dass es in allen Kreisen und kreisfreien Städten jeweils mindestens eine Jugendberufsagentur gibt. Wir wollen die Auszubildenden durch ein „Auszubildendenwerk“ unterstützen, mit dem bezahlbare Wohnräume für Auszubildende und ein „Azubi-Ticket“ bereitgestellt werden können. Wir setzen uns für die Realisierung des „Trave-Campus“ ein und wollen besonders für die Handwerksberufe werben, die wir beim Klimaschutz am dringendsten brauchen.</p>	<p>In den vergangenen Jahren sind die Schüler*innenzahlen an den berufsbildenden Schulen einschließlich der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) zurückgegangen. Das führt zum Teil zu sehr kleinen Klassen in einigen Ausbildungsberufen, die durch die berufsbildenden Schulen einschließlich der RBZ schwer zu kompensieren sind. Durch das Moratorium haben wir eine Senkung der Planstellenzuweisung für zwei Jahre verhindert. Gemeinsam mit den Schulen, Schulträgern und allen Akteur*innen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode partnerschaftlich eine landesweite Schulentwicklungsplanung auf den Weg bringen, die auch den Aspekt eines guten Angebots an Ausbildungsplätzen umfasst, um allen Standorten eine Perspektive zu geben. Dabei sollen auch digitale Unterrichtselemente mit Distanzunterricht verstärkt berücksichtigt werden. Wir wollen flächendeckend alle berufsbildenden Schulen in RBZ umwandeln. So können sie flexibler auf regionale Bedarfe in der Aus-, Fort- und Weiterbildung reagieren.</p>	<p>Wir wollen ein Konzept für die duale berufliche Ausbildung in Schleswig-Holstein entwickeln, das die Ausbildung möglichst vieler Berufe in der Fläche ermöglicht, aber gleichzeitig den Anforderungen der technischen Entwicklung und der Veränderung von Arbeitsprozessen Rechnung trägt. Die Fachkräfteversorgung auch im ländlichen Raum hat für uns eine hohe Priorität. Wir werden die Information über Chancen der beruflichen Bildung, im Rahmen einer beruflichen Ausbildung allgemeinbildende Schulabschlüsse zu erreichen, verpflichtend in die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen aufnehmen. Mit der Gründung des SHIBB haben wir außerdem erstmalig genaue Bestandsaufnahmen über den Stand der beruflichen Bildung und der Bildungsgänge im Land in die Wege geleitet. Daran werden wir zügig und konsequent anschließen. Aufgrund dieser Bestandsaufnahmen werden wir eine Schulentwicklungsplanung ableiten, die die Belange und Bedarfe der beruflichen Bildung berücksichtigt und den Erhalt des Angebotes der breiten Palette der Bildungsgänge zum Ziel hat.</p>	<p>Wir wären sehr offen für einen Prozess, in dem die Landesschulentwicklungsplanung die berufliche Bildung über Kreise hinweg denkt und plädieren für einen transparenten Prozess mit allen Beteiligten. Um die Sicherung der Ausbildung in der Fläche zu gewährleisten, braucht es außerdem mehr Wohnraum für Auszubildende, analog zu dem studentischen Wohnraum. Außerdem fordern wir ein echtes Job-Ticket für den öffentlichen Nahverkehr. Die bisher geltenden Regelungen gelten erst für Betriebe ab 5 Nutzer:innen und schließen so kleine Unternehmen aus. Dies ist aber besonders für den Erhalt der Vielfalt der Ausbildungslandschaft erschwerend.</p>
<p>4. Wie wollen Sie die Attraktivität des Lehrberufs in der Beruflichen</p>	<p>Wir werden die Lehrkräftebedarfsprognose auf die berufsbildenden Schulen ausweiten und gemeinsam mit der Allianz für Lehrkräftebildung neue Maßnahmen zur</p>	<p>Der Lehrernachwuchs weist in mehreren Regionen und Fächern bereits große Lücken auf. Viele Lehrerstellen sind gar nicht oder mit Lehrkräften ohne volle pädagogische Qualifikation</p>	<p>Bis 2030 werden wir rund 3.000 zusätzliche Lehrkräfte insbesondere an den Grund- und Gemeinschaftsschulen, den berufsbildenden Schulen und im Bereich der Sonderpädagogik benötigen –</p>	<p>Um den Lehrerberuf für die berufliche Bildung attraktiver zu gestalten, wollen wir aktiv für den Beruf der Lehrkraft an berufsbildenden Schulen/regionalen Berufsbildungszentren werben.</p>	<p>Wir fordern eine Aufwertung der Infrastruktur an den Schulen und verbesserte Rahmenbedingungen für Lehrkräfte, wie bereits unter Frage 1 beschrieben. Die Arbeitssituation muss sich bessern, damit</p>

Das kann auf die berufliche Bildung in der nächsten Legislaturperiode zu kommen!

<p>Bildung erhöhen? Wie wollen Sie die Verteilung der Lehrkräfte in der Fläche organisieren?</p>	<p>Verbesserung der Lehrkräfteausbildung und -gewinnung für die berufsbildenden Schulen initiieren. Die Allianz wird umfassende und bundesweit neue Maßnahmen zur Versorgung mit Lehrkräften auf den Weg bringen. Mit einer besseren Unterrichtsversorgung und einer Entlastung von zusätzlichen Aufgaben wollen wir das Berufsfeld weiter attraktiv gestalten. Neben dem grundständigen Lehramtsstudium für berufsbildende Schulen wollen wir auch attraktive Möglichkeiten als Quer- und Seiteneinsteiger. Die Tätigkeit als Fachlehrkraft wollen wir attraktiver machen. Der Vorbereitungsdienst muss stärker auf die Belange der beruflichen Bildung abgestimmt werden. Wenn es der Haushalt zulässt, werden wir Lehrkräfte entlasten, z.B. durch Zentralisierung von Aufgaben, Übertragung von Verwaltungstätigkeiten auf Fachkräfte und Fortbildungen mit Zeitausgleich.</p>	<p>besetzt. Das Land hat trotz vorhandener Mittel zu wenig getan, um die Attraktivität des Lehrerberufs zu heben - von der verzögerten Anhebung der Grundschullehrer*innen nach A13 bis zu der Weigerung, das Weihnachtsgeld wieder einzuführen. Der Lehrerberuf ist sinnstiftend und bietet Arbeitsplatzsicherheit. An den Schulen muss mehr und gezielter für den Lehrerberuf geworben werden. Quereinsteiger*innen sollen leichter fachliche und pädagogische Qualifikationen nachholen können. Ein Blick nach Finnland zeigt uns, dass wir an den Hochschulen nach den besten Pädagog*innen suchen müssen. Eine Unterrichtsversorgung von mehr als 100 % und die Aufrechterhaltung kleiner Ausbildungsgänge wird den Schulen Spielräume verschaffen, bei „Nischenfächern“ mit knappem Personalangebot auch mal eine Lehrkraft „auf Vorrat“ einstellen zu können.</p>	<p>übrigens kein Problem, mit dem wir in Schleswig-Holstein alleine sind. Wir haben deshalb als Land mit der „Allianz für Lehrkräftebildung“ u.a. alle Hochschulen und die Landesseminare an einen Tisch geholt, um zu besprechen, an welchen Standorten bedarfsgerecht zusätzliche Studienplätze entstehen können und wie auch mehr Interessierte für den Lehrkräfteberuf gewonnen werden können. Außerdem wollen wir die Kooperation mit den Hochschulen fortführen, um Absolvent*innen technischer und pädagogischer Studiengänge durch ein duales Masterstudium als Lehrkräfte für berufsbildenden Schulen zu qualifizieren. Den Seiten-, Quer- und Direkteinstieg werden wir solange Bedarf besteht, weiterführen.</p>	<p>Zunehmende Herausforderungen z.B. bei Inklusion und Migration sowie bei Absentismus haben den sozialpädagogischen Betreuungsbedarf erhöht, ohne dass die Anzahl der sozialpädagogischen Fachkräfte an den Schulen erhöht wurde. Wir Freie Demokraten wollen die Angebote der Schulsozialarbeit an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schularten erweitern. Wir wollen eine Lehrerversorgung an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sicherstellen, die den notwendigen Vertretungsunterricht berücksichtigt, ohne dass Kolleginnen und Kollegen langfristig Mehrarbeit zu leisten haben. Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, damit Unterricht verlässlich erteilt werden kann, z.B. durch die Bereitstellung von zusätzlichen Stellen, die auch als Pool für Schulen in einer Region zur Verfügung stehen können. Dafür ist eine Unterrichtsversorgung von über 100% erforderlich.</p>	<p>mehr Menschen als Lehrkräfte arbeiten wollen. Der Einstieg ins Lehramt über den Quer- und Seiteneinstieg hat es unseren Schulen ermöglicht, dem Lehrkräftemangel zu begegnen. Wir befinden uns aber auch im Wettbewerb um Lehrkräfte mit anderen Bundesländern. Wir fordern daher eine echte Fachkräfteoffensive, die die Vorzüge unseres Landes offensiv nach vorne stellt und für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgt. Wir sind außerdem vom Lehrkräftebedarfstool der Landesregierung bisher nicht überzeugt und fordern endlich ein funktionierendes System. So kann es auch gelingen, für eine zügigere Verteilung von Referendariatsplätzen zu sorgen. Darüber hinaus halten wir an den Regionalzuschlägen für Lehrkräfte fest.</p>
<p>5. Wie wollen Sie die BBS/RBZ bei der digitalen Transformation, insbesondere im Bereich der Unterrichtsentwicklung unterstützen?</p>	<p>Wir werden zusammen mit dem SHIBB einen Prozess der Schulentwicklung gestalten, der sinnvoll digitale und analoge Elemente im Unterricht verzahnt und damit die berufliche Bildung der Zukunft entwickelt. Dazu wollen wir innovative und digitale Formen des Lernens und Lehrens vorantreiben – insbesondere, wenn wir über diesen Weg eine Vielfalt von Ausbildungsberufen in der Fläche aufrechterhalten können. Wir wollen Schülerinnen und Schülern die notwendigen Kompetenzen im Gebrauch digitaler Endgeräte, Instrumente und Werkzeuge und der Medienbildung vermitteln. Eine Kultur der Digitalität soll selbstverständlich in der Unterrichtsentwicklung und -gestaltung werden. Alle Schüler werden genauso wie in den allgemeinbildenden Schulen mit einem Lernmanagementsystem arbeiten. Die</p>	<p>Kein Bundesland ging mit den Schulträgern so unfreundlich um wie Schleswig-Holstein (hohe Eigenbeteiligung, keine Landesmittel, wenig konzeptioneller Ehrgeiz der Ministerin), und die Schulen sollen das Rad überall neu erfinden. Stattdessen hätte sich das Land beteiligen müssen und erfolgreiche Konzepte auf das Land ausrollen müssen. Schleswig-Holstein gehört derzeit zu den Ländern mit der geringsten Abrufquote bei den Bundesmitteln (nur 18,3 % zum Jahresende 2021). Auf der Grundlage einer technischen Grundausstattung sollen die Schulen unterschiedliche pädagogische Konzepte entwickeln. Wir wollen die Lehrer*innen so weit wie möglich von administrativen Aufgaben, auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung, entlasten, damit sie sich ihrer Kernaufgabe, dem Unterricht und den unmittelbar damit zusammenhängenden Verpflichtungen, widmen können. Wir wollen</p>	<p>Nicht zuletzt durch die Anforderungen des Distanzunterrichts in der Coronapandemie hat die Digitalisierung auch in unseren Schulen einen deutlich höheren Stellenwert bekommen. Unser Ziel ist es, dass alle Schüler*innen der digitalen Transformation gewachsen sind und diese aktiv gestalten. Die notwendigen pädagogischen Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte werden wir ausbauen, um die Schulen für die Digitalisierung fit zu machen. In der kommenden Wahlperiode wollen wir die Weiterentwicklung der Schulen beim Lernen mit digitalen Medien weiter unterstützen. Hierfür werden wir zusammen mit den Schulträgern und unter Berücksichtigung des geplanten Digitalpakts 2.0 vom Bund ein Gesamtkonzept erarbeiten. In diesem werden wir die Ausleihe, Beschaffung, Wartung und Administration von digitalen Endgeräten dauerhaft klären. Auch Datensicherheit, Green IT, Kosteneffizienz und die</p>	<p>Die digitale Transformation bleibt die größte technische Herausforderung unserer Zeit. Nicht nur im privaten Umfeld findet ein rasanter Wandel statt, besonders die Ansprüche an die Arbeit und im Arbeitsumfeld haben sich enorm gewandelt. Es ist daher wichtig, dass wir in den Bildungseinrichtungen konsequent die Digitalisierung des Unterrichts und der Lehr- und Lernmethoden voranbringen und einen zügigen Aufholprozess starten. Dies schließt selbstverständlich die berufliche Bildung mit ein. Wir fordern deshalb von der Bundesregierung eine zügige Umsetzung des „Digitalpakt 2“ für die berufsbildenden Schulen, um hier gezielt eine Gleichwertigkeit mit den allgemeinbildenden Schulen zu erreichen.</p>	<p>Unser Eindruck ist, dass die berufsbildenden Schulen hier bereits auf einem guten Weg sind und als Vorbild für andere Schulformen dienen können. Wir wollen diesen Weg unbedingt unterstützen und das Kontingent für Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte erhöhen. Außerdem muss das Unterrichtsmaterial an die fortschreitende Digitalisierung angepasst werden. Dies könnte aus unserer Sicht eine gute Aufgabe in Federführung des SHIBB sein.</p>

Das kann auf die berufliche Bildung in der nächsten Legislaturperiode zu kommen!

	<p>Voraussetzungen sind bereits geschaffen. Schüler sollen in der Lage sein, ein vollumfängliches digitales Klassenzimmer nutzen zu können. Daneben wollen wir auch Lernortkooperationen fördern.</p>	<p>gemeinsam mit den kommunalen Schulträgern nach Wegen suchen, durch zusätzliches Schulpersonal die Lehrkräfte zu unterstützen.</p>	<p>Nutzung von Open SourceSoftware werden wir dabei noch besser mit digitaler Bildung vereinen.</p>		
<p>6. Wollen Sie das Moratorium bis zum Abschluss der Schulentwicklungsplanung aufrechterhalten?</p>	<p>Ja, das Moratorium bis zum Abschluss der Schulentwicklungsplanung aufrechtzuerhalten, ist aus Sicht der CDU sinnvoll.</p>	<p>Auch die beruflichen Schulen und Regionalen Berufsbildungszentren müssen eine mindestens 100%ige Unterrichtsversorgung haben. Wir haben deshalb frühzeitig – und mit Erfolg – gefordert, ein Stellenmoratorium zu beschließen und trotz sinkender Schülerzahlen an den Beruflichen Schulen dort keine Stellen abzubauen. Das muss Bestand haben!</p>	<p>Ja, wir können uns vorstellen, das Moratorium bis zum Abschluss der Schulentwicklungsplanung zu verlängern, um die die Sicherung der Ausbildung in der Fläche und der Erhalt der Vielfalt der beruflichen Bildungsgänge zu gewähren.</p>	<p>Wir werden uns dafür einsetzen, dass es keine Kürzungen der Lehrerstellen bei der beruflichen Bildung bis zum Abschluss der Planungen bei der Schulentwicklungsplanung gibt.</p>	<p>Die sinkenden Schülerzahlen an den beruflichen Schulen können Auswirkungen auf die Schulentwicklungsplanung und Personalzuweisungsverfahren haben. Wir sollten aber nach den zurückliegenden Jahren im Bildungssystem unter Einfluss der Pandemie in zukünftigen Verfahren keine voreiligen Schlüsse zu ziehen und keinen Stellenabbau an den beruflichen Schulen in Erwägung zu ziehen. Die Absicherung der Grundversorgung der Beruflichen Schulen wird die Aufgabe der nächsten Landesregierung sein. Bis dahin sollten keine bestehenden Strukturen geschwächt werden. Es muss uns jetzt darum gehen, die berufliche Bildung wirklich nach vorne zu bringen. Aus Sicht des SSW ist die berufliche Bildung der Schlüssel, den wir in der Hand haben, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es geht hier zum einen um den Lebensweg von jungen Menschen, zum anderen aber auch um den Fortbestand der Betriebe in unserem Land.</p>
<p>7. Oberstufen - Wie beurteilen Sie die Entwicklung und welche Schulformen wollen Sie unterstützen?</p>	<p>Den Schulträgern steht es frei, für eine Oberstufe an einer Gemeinschaftsschule die Genehmigung einzuholen und diese einzurichten, wenn die Voraussetzungen nach dem Schulgesetz (§ 43, Abs. 5) erfüllt sind und ein öffentliches Bedürfnis danach besteht (§ 58 SchulG). Bei kleinen Oberstufen ist das Kurs- und Unterrichtsangebot jedoch oftmals sehr eingeschränkt. Das kann eine Herausforderung darstellen. Grundsätzlich ist die CDU offen für Gedanken über verstärkte Kooperationen, z.B. mit den beruflichen Gymnasien, die ein gutes und vielfältiges Angebot bereitstellen. Dort, wo es ein ausreichendes Angebot an gymnasialer Bildung gibt, wollen wir von weiteren</p>	<p>Deutschland und Schleswig-Holstein brauchen mehr Abiturient*innen, weil sonst die Versorgung mit akademischen Berufen wie Lehrer*innen und Ärzt*innen nicht gesichert werden kann. Deshalb brauchen wir alle drei Wege zum Abitur: an Gymnasien, an Gemeinschaftsschulen und an Beruflichen Gymnasien. Wir wollen alle Schularten unterstützen, weil wir in unserem Bildungssystem alle Säulen brauchen. Bestehende Oberstufen dürfen nicht gefährdet werden. Sollte es noch neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen - die wir uns in jedem Kreis wünschen - geben, wird das sicherlich eher eine kleine einstellige Zahl sein. Sie werden nicht von oben herab, sondern im Dialog mit den Kommunen eingerichtet werden, wo ein</p>	<p>In Schleswig-Holstein variieren die Abiturquoten von Kreis zu Kreis und sind teils sehr niedrig. Wir wollen in Schleswig-Holstein mindestens den Bundesdurchschnitt erreichen. Dazu brauchen wir ein wohnortnahes Oberstufenangebot. Vor diesem Hintergrund haben wir die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ermöglicht und unterstützt.</p>	<p>Die Oberstufen an den Gemeinschaftsschulen brauchen eine Mindestgröße, damit die Angebote der Fächer gesichert sind und es nicht zu einer unnötigen Mehrbelastung bei den Lehrkräften kommt oder zu einem reduzierten Unterricht in anderen Jahrgangsstufen führt. Wir werden deshalb evaluieren, ob die bisherige Mindestgröße von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ein hinreichendes qualitatives Unterrichtsangebot sichert. Anträge auf Errichtung weiterer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen werden wir kritisch prüfen, um eine ausreichende Möglichkeit zur Auswahl der geforderten Profile zu garantieren, und um den Bestand allgemeinbildender Gymnasien und beruflicher Gymnasien in der Region nicht zu gefährden. Darüber</p>	<p>Wir sehen die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen bisher nicht in Konkurrenz zu bestehenden beruflichen Gymnasien und wollen gerne beide Strukturen erhalten. Wir sehen aber die Schwierigkeiten, die in den Profilangeboten aufkommen können und wollen daher in der Legislatur eine Art Experimentierklausel im Schulgesetz angehen. Diese könnte für digitale Zusammenlegungen von Kursen und Vernetzungen von Profilangeboten sorgen, um die Profile wieder zu stärken und die Vielfalt der Angebote aufrecht zu erhalten.</p>

Das kann auf die berufliche Bildung in der nächsten Legislaturperiode zu kommen!

	<p>Oberstufen absehen, wenn es kein öffentliches Interesse vorliegt.</p>	<p>nachgewiesener Bedarf besteht. Wir wünschen uns ein verstärktes Miteinander der weiterführenden Schulen und Kooperation über die Aussage „wenn eure Schüler*innen euch verlassen, können sie zu uns kommen“ hinaus.</p>		<p>hinaus wollen wir die fachliche und pädagogische Zusammenarbeit von Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit allgemeinbildenden Gymnasien und beruflichen Gymnasien fördern, um den Schülerinnen und Schülern schon bei Schuleintritt die Perspektive des möglichen Abiturerwerbs aufzuzeigen.</p>	
<p>8. Wie wollen Sie zukünftig eine amtsangemessene Besoldung sicherstellen? Wie stehen Sie zur Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes?</p>	<p>Die CDU möchte den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten und konkurrenzfähig gegen- über der Wirtschaft und anderen Ländern machen. Wir stehen für eine Verbesserung der Besoldungsstruktur mit einer schrittweisen Anhebung der Besoldung. Das Weihnachtsgeld wäre nur eine Einzelmaßnahme, die für sich genommen nur einen kurzfristigen Effekt hätte und ist daher zu kurz gedacht. Eine Wiedereinführung nach Kassenlage, wie der Landesrechnungshof vorschlägt, lehnen wir ab. Die Besserstellung von Beamten muss strukturell finanziell für den Haushalt machbar sein. Unabhängig davon haben wir im vergangenen Jahr Verbesserungen auf den Weg gebracht: Die Besoldung wird um ein Prozent angehoben, die Grundgehälter im Einstiegsbereich werden angehoben, ein Altersgeld wird eingeführt und der Zuschlag bei begrenzter Dienstfähigkeit wird neu strukturiert. Damit einher gehen Ausgaben von 47 Mio. Euro. 2022 sind weitere 45 Mio. Euro eingeplant, um Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen.</p>	<p>Wir haben 2007 die Streichung der Sonderzahlung für Beamt*innen mitgetragen, um den Haushalt zu konsolidieren. Wir stehen zu der Zusage, die Sonderzahlung wieder einzuführen und hatten deshalb in den letzten Jahren mehrfach die Wiedereinführung beantragt. Finanzielle Mittel wären vorhanden gewesen; das beweisen die Überschüsse im Personalhaushalt. Allerdings haben sich die Gewerkschaften 2019 mit der Landesregierung darauf verständigt, zunächst eine lineare Erhöhung der Besoldung vorzunehmen. Wir werden unmittelbar nach der Wahl mit den Gewerkschaften erörtern, wie die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber verbessert werden kann. Die Besoldung wird dabei eine zentrale Rolle spielen müssen. Mit ihrem Verhalten bei der Blockade der Pauschalen Beihilfe und der Unfähigkeit, die Besoldungsstrukturen verfassungskonform anzugehen, schadet die Jamaika Koalition zudem dauerhaft der Attraktivität des Landes als Arbeitgeber. Genau das kann sich das Land sich aber nicht mehr leisten.</p>	<p>Mit der noch in dieser Legislatur beschlossenen Besoldungsreform und den zeit- und wirkungsgleichen Übernahmen der Tarifergebnisse, werden wir eine verfassungskonforme Alimentation sicherstellen. Eine Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes ab Besoldungsstufe A11 planen wir nicht. Wir begrüßen aber die bisherige Regelung, die ein Weihnachtsgeld in Höhe von 660 Euro bis Besoldungsstufe A10 vorsieht. Zudem erhalten alle Beamt*innen ein Weihnachtsgeld in Höhe von 400 Euro für jedes Kind</p>	<p>Wir Freie Demokraten wissen um den enormen Einsatz unserer Lehrkräfte, nicht nur während der Pandemie. Die in diesem Jahr vom Land geleistete Einmalzahlung als Anerkennung des besonderen Einsatzes ist ein Zeichen der Wertschätzung. Wir wünschen uns allerdings eine Verstetigung dieser Zahlung als Weihnachtsgeld, was jedoch aufgrund der gegenwärtigen hohen Belastungen des Landeshaushalts nicht möglich war. Gleichwohl werden wir uns auch zukünftig für diese Zahlung einsetzen, die bis 2007 fester Bestandteil der Besoldung war.</p>	<p>Die jüngst beschlossene Besoldungsreform ist aus unserer Sicht noch kein zukunftsfähiges und gerechtes Besoldungssystem. Wir haben in der zurückliegenden Legislatur zunächst stark für die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes geworben, 2018 dem Antrag zur stufenweisen Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes zugestimmt und dann das Kompromissangebot des Deutschen Beamtenbundes einer jährlichen Sonderzahlung unterstützt.</p> <p>Wir setzen uns seit Langem für unsere Landesbediensteten ein und werden diesen Weg auch weiter gehen. Daher ist auch zur Landtagswahl 2022 eine unserer Forderungen, eine Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes für Beamte oder alternativ eine „Sonderzahlung“ zu ermöglichen.</p> <p>Außerdem setzen wir auf eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sich an den Bedürfnissen unterschiedlicher Lebensphasen orientiert.</p>